

# Schulte & Co in Aktion

## - gegen die Arbeiterklasse

In den letzten Monaten holten die Gewerkschaftsführungen zum Rundumschlag aus. Doch Zielscheibe waren nicht die Kapitalisten - wie es aufgrund der zunehmenden Angriffe auf die abhängig Beschäftigten zu erwarten gewesen wäre, sondern "geschossen" wurde gegen die Lohnabhängigen.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Krise des Reformismus wurde in den Chefetagen der Gewerkschaften in den letzten Jahren bewußt darauf verzichtet, den Unternehmern im Westen "allzu weh zu tun"; im Osten wurde in verbrecherischer Weise die flächendeckende De-Industrialisierung mitorganisiert und jeglicher aufkeimende Arbeiterwiderstand abgewürgt. Teile der Gewerkschaftsbasis reagierten auf die immer offenere Ausverkaufspolitik mit massiven Austritten. Das Vertrauen in diejenigen, die eigentlich ihre Interessen vertreten sollten, ist reichlich angekratzt.

Doch statt sich wenigstens jetzt auf die ureigensten Aufgaben zurückzubesinnen - nämlich zumindest minimale Interessen wie Verteidigung des Reallohnes oder erkämpfte demokratische Rechte zu vertreten - eröffneten die Gewerkschaftsbosse - neben den immer unverschämteren Forderungen der Kapitalisten und ihrer Regierung - eine eigene

Offensive sowohl gegen die DGB-Basis als auch gegen die Lohnabhängigen insgesamt.

So möchte z. B. der Hamburger ÖTV-Vorsitzende in Zukunft bestimmte Tariferrungenschaften nur noch gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten zukommen lassen. Die von ihm in diesem Zusammenhang geäußerte Charakterisierung vieler enttäuschter Ex-Gewerkschaftsmitglieder als "Trittbrettfahrer" ist nichts anderes als ein verrotteter, zynischer Versuch, die eigene Ausverkaufspolitik vergessen zu machen. Darüberhinaus ist dieser Vorschlag für den Erhalt des DGB auch gefährlich, denn die Unternehmer könnten in Zukunft Nicht-Gewerkschaftsmitglieder bevorzugen, viele zum Austritt aus dem DGB verleiten, um dann um so einfacher - nach entscheidender Schwächung der Gewerkschaften - allen Lohnabhängigen an die Gurgel zu gehen. Statt durch eine offensive Politik gegen Regierung und Kapital KollegInnen wieder bzw. neu zu gewinnen, wird ihnen von den Bürokraten stattdessen Kohls "kollektiver Freizeitpark" als "Perspektive" angeboten. Diese Arbeitervertreter selbst sind die wirklich gefährlichen Parasiten der Gewerkschaftsbewegung!

Wohin es nach Meinung der Gewerkschaftsführer gehen soll, zeigte auch der letzte Gewerkschaftskongreß der IG Medien. Dort verabschiedete man sich kurzerhand von dem "antiquierten Mittel des Klassenkampfes". "Auserwählte" Gewerkschaftsführer setzten sich mit Kohl und Kapitalvertretern an den "Runden Tisch", um über Möglichkeiten der Profitmaximierung zu verhandeln - unter Ausschluß der Gewerkschaftsbasis, versteht sich. Und DGB-Chef Schulte höchstpersönlich setzte mit der Forderung nach verstärktem Einsatz von Teilzeitarbeit bei vollem Lohnverzicht noch eins drauf, wohl wissend, daß dies in den USA z. B. verstärkte Armut und Obdachlosigkeit für Millionen von ArbeiterInnen (trotz Weiterbeschäftigung) zur Konsequenz hatte und hat. Zwar stieß dieser Vorschlag erst einmal auf Kritik in gewerkschaftlichen Führungskreisen. Doch sollte man nach all den Erfahrungen mit solchen Verhandlungskünstlern hinter verschlossenen Türen gewarnt sein, die sich, wie z. B. die ÖTV-Riege um Wulf-Mathies, beim letzten großen ÖTV-Streik einen Dreck um innergewerkschaftliche Demokratie bzw. Urabstimmungsergebnisse scherten.

Und auch der kürzlich abgeschlossene IG Metall-Tarifvertrag ist nicht dazu angetan, Optimismus zu verbreiten. Es kam zwar glücklicherweise (u. a. wegen voller Auftragsbücher) nicht ganz so schlimm, wie zu befürchten gewesen wäre. So wurde die Einführung der 35-Stunden-Woche gerettet und das branchenweite Tarifvertragssystem nicht aufgegeben. Doch die ausgehandelte Lohnerhöhung kann - nach den rasanten Preissteigerungen, der Wiedereinführung des "Solidarzuschlages", Steuerhöhungen, Pflegeversicherung etc. - weder die Effekte des Reallohnabbaus der vergangenen Jahre ausgleichen noch die strukturelle Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Die Gewerkschaftsbürokratie will unter allen Umständen die eigenen Pfründe innerhalb des bürgerlich-demokratischen Systems retten. Sie ist objektiver Träger und politisch verantwortlich für eine Tendenz, die Trotzki im *Übergangsprogramm* folgendermaßen beschrieb:

"Als Organisation der obersten Schichten des Proletariats entwickeln die Gewerkschaften, wie das die ganze historische Entwicklung einschließlich der noch frischen Erfahrung der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften Spaniens bezeugt, mächtige Tendenzen auf eine Versöhnung mit dem demokratischen bürgerlichen Regime hin."

Doch trotz all der reformistischen Ausverkaufspolitik halten RevolutionärInnen nach wie vor daran fest:

"Für den Kampf um Teil- und Übergangsforderungen brauchen die Arbeiter jetzt mehr denn je Massenorganisationen, vor allem Gewerkschaften" (*Übergangsprogramm*).

Der Frust und die Demoralisierung vieler GewerkschafterInnen ist durchaus verständlich. Die Konsequenz, aus den Gewerkschaften auszutreten bzw. gar nicht erst einzutreten, ist allerdings grundverkehrt. Die ArbeiterInnen und Angestellten müssen vielmehr in die Gewerkschaften des DGB eintreten, um den organisierten Kapitalverteidigern im DGB das Handwerk zu legen. Aufgabe der KommunistInnen ist es, sowohl in der Propaganda als auch in der tagtäglichen Arbeit - auf der Grundlage eines konsequenten antikapitali-

stischen Programms - im Betrieb und/oder in den Gewerkschaften dafür zu kämpfen, daß diese Massenorganisationen wieder in die Hände der ArbeiterInnen gelangen! Das erfordert z. B., daß Verhandlungen offen für alle Mitglieder durch von der Basis gewählte, jederzeit abrufbare Tarifkommissionen geführt werden; flächendeckende Streiks (statt der beschränkten, letztlich gewerkschaftsschädlichen Warn-"streiks") müssen von gewählten Streikkomitees statt vom Apparat geführt werden etc.

Aber unter der Fuchtel der Anhänger von Sozialpartnerschaft und sozialem Frieden können Gewerkschaften selbst minimale Interessen der Arbeiterklasse immer weniger vertreten. Die Gruppe Spartakus tritt für einen schonungslosen Kampf gegen die Vertreter des kapitalistischen "Modernisierung Deutschland"-Konzepts innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften ein. Statt des Geredes von "sozial abgefederten Sanierungen" (sprich Entlassungen) brauchen wir



Nach all den Verrätereien - sie hat gut lachen (jetzt für Kohl in Brüssel)

einen Kampf für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände sowie für die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit. Die klassenbewußten ArbeiterInnen und Angestellten müssen für den Aufbau kommunistischer Gewerkschaftsfraktionen gewonnen werden und für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung kämpfen.

Den aktuellen Angriffen auf die Arbeiterklasse liegen strukturelle Entwicklungstendenzen des Kapitalismus zugrunde. Der Lebensstandard der abhängig Beschäftigten kann gegen die Marktwirtschaftler nur dann verteidigt werden, wenn wir auf den notwendigen Sturz des kapitalistischen Systems, in Deutschland als auch international, orientieren.

Doch dabei eine ausschließliche Orientierung auf die Gewerkschaften an den Tag zu legen, würde in die Sackgasse des Trade-Unionismus, der Gewerkschaftstümelei, führen, denn:

"Die Gewerkschaften haben kein abgeschlossenes revolutionäres Programm und können es ihren Aufgaben, ihrer Zusammensetzung und ihrer Rekrutierungsmethode nach auch gar nicht haben, weshalb sie die Partei nicht ersetzen können. Der Aufbau von nationalen revolutionären Parteien als Sektionen der IV. Internationale ist die zentrale Aufgabe der Übergangsepoche" (Trotzki, *Übergangsprogramm*).

An dieser Zielsetzung muß sich auch kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften messen lassen ■